

8. August 2015

Die Zukunft Europas

Die Diskussion über grundlegende Reformen in der Europäischen Union und in der Euro-Zone verträgt keinen Aufschub mehr.

- Die Mitgliedstaaten und Institutionen der EU müssen die Integration vorantreiben. Die Eurozone muss institutionell gestärkt werden. Dafür sind vertiefte Reformen ebenso unabdingbar wie bessere gemeinschaftliche Strukturen.
- Mitgliedsländern, die die Essenz der EU im Binnenmarkt sehen, muss der Weg weiterer opt-outs bei Integrationsschritten offen stehen. Nicht verhandelbar sind allerdings die Grundfreiheiten.
- Die EU muss über ihre Grenzen hinaus eine stabilisierende, friedenssichernde und wohlförderungsfördernde Politik betreiben. Die Differenzierung zwischen einem Kern, der eine politische Union anstrebt, und Mitgliedern, die mit der EU von heute zufrieden sind, bietet Chancen für die europäische Nachbarschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zukunft Europas stand vor wenigen Wochen auf der Kippe. Und noch immer ist insbesondere Griechenlands politische und wirtschaftliche Zukunft in großer Gefahr. Das Land benötigt ein Wachstums-, Konsolidierungs- und Reformpaket und eine Rückkehr zur Tragfähigkeit aus einem Guss.

Europas wirtschaftspolitische Orientierung an Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation erfordert weder bedingungslose Finanzierung noch ein Übermaß an Härte, sondern Augenmaß und Kompromissbereitschaft. Die Zukunft Europas steht nämlich auch in anderen Feldern in Frage. Die Pläne des britischen Premierministers für ein Referendum werfen die Frage über den zukünftigen Platz des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union auf. Das Vereinigte Königreich möchte zurecht einer Union des Erfolgs angehören.

Der Krieg in der Ostukraine währt trotz des Minsker Abkommens fort.

Flüchtlinge strömen über das Mittelmeer und den Balkan in die Länder der EU. Doch es fehlt eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, ganz zu schweigen von einer Zuwanderungspolitik des alternden Kontinents. Europa ist im Stress wie seit 25 Jahren nicht mehr. Sicherheit, Demokratie, Wohlstand – die ganze Palette unserer Wertorientierungen steht auf dem Spiel.

Nicht nur im Hinblick auf Griechenland, sondern auf die Wirtschafts- und Währungsunion und die Union insgesamt müssen in Europa in den nächsten Monaten wichtige Richtungsentscheidungen von Regierungen und Parlamenten getroffen werden. Europas politische Führungen müssen den Kurs auf Wachstum, Sicherheit und ein offenes Europa einschlagen.

Um Wachstum zu erzielen, müssen erstens Reformtempo und Investitionen erhöht werden. **Die Mitgliedstaaten und Institutionen der Europäischen Union müssen die Integration in der politischen sowie in der Währungsunion vorantreiben.** Das erfordert eine abgestimmte Industrie- und Wirtschaftspolitik, Investitionen in die Infrastruktur, einen echten Binnenmarkt für die digitale Wirtschaft, die Energie und den Kapitalmarkt, zukunftssichere Sozialmodelle und neue Unternehmen, Gründer und Risikokapital. Europa braucht eine wirtschaftliche und industrielle Renaissance, die die Chancen der Digitalisierung nutzt. Die Juncker-Kommission hat die meisten Punkte bereits fest auf dem Programm. Die Europäische Investitionsbank unterstützt mit dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen die Politik ebenfalls.

Zweitens braucht Europa eine wetterfeste Wirtschafts- und Währungsunion. Die Krise in Griechenland zeigt, dass die Mitgliedschaft in der Währungsunion von jedem Land viel abverlangt. Stabile Haushalte und Finanzsysteme sowie wettbewerbsfähige Unternehmen sind unverzichtbar. Dies erfordert weiterhin mutige Reformen auf den Arbeits- und Gütermärkten, eine Stärkung der Rechtsordnung und der Institutionen und kooperativere Beziehungen der Sozialpartner. Nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Konvergenz der Lebensstandards erhöht werden.

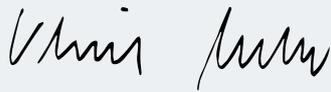
Die Eurozone muss institutionell gestärkt werden. Die Fortschritte im fiskalpolitischen Regelwerk und in der Bankenunion waren notwendig, sind aber nicht ausreichend. **Stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und vertiefte Reformen sind ebenso unabdingbar wie bessere gemeinschaftliche Strukturen.** Die heutigen Arrangements reichen bei weitem nicht aus. Im Bericht der fünf Präsidenten von Kommission, Rat, Eurogruppe, Zentralbank und Parlament ist die richtige Idee enthalten, dass Konvergenzfortschritte die Voraussetzung für eine Teilhabe an einer tieferen fiskalischen Integration darstellen.

Die Handlungsfähigkeit der Eurozone wird durch geteilte Souveränität, die Delegation von Kompetenzen an föderale Institutionen und neue Formen der demokratischen Legitimation und Meinungsbildung verstärkt werden müssen. Die Länder der Währungsunion sind eine Schicksalsgemeinschaft eingegangen. Dies müssen sie mit gemeinsamem Willen, zentralen Ressourcen wie einem Budget für die Eurozone, beachteten Regeln für die Haushaltspolitik und das makroökonomische Gleichgewicht und gehöriger Eigenverantwortung beherzigen. **Wir brauchen mehr gemeinsame Entscheidungen, aber auch höhere Ressourcen für die Gemeinschaft.**

Die britische Frage stellt uns drittens vor die Entscheidung, wie das Verhältnis der Länder der Währungsunion zu den anderen EU-Mitgliedern gestaltet werden soll. **Nicht alle Mitglieder der EU werden bereit sein, den Weg der Vertiefung mit zu beschreiten.** Die britische Regierung hat bereits deutlich gemacht, dass das Vertragsziel der EU, eine immer engere Gemeinschaft zu bilden, entweder abgeändert oder relativiert werden sollte. **Weitere Mitgliedsländer sehen die Essenz der EU vorrangig im Binnenmarkt und weniger in einer politischen Union.** Diesen Mitgliedern wird eine Vertiefung der Union nicht aufgezwungen werden können. **Für diese sollte künftig grundsätzlich der Weg weiterer opt-outs bei Integrationschritten offen stehen. Nicht verhandelt werden kann allerdings eine Absenkung des bestehenden Integrationsniveaus im harten Kern des Regelwerks, den Grundfreiheiten. Tragfähiger temporärer Vorkehrungen bedarf es für eine dritte Gruppe von Mitgliedstaaten, die mittelfristig der Euro-Zone beitreten wollen.**

Schließlich muss die EU über ihre Grenzen hinaus eine stabilisierende, friedenssichernde und wohlförderungsfördernde Politik betreiben. Die Differenzierung der EU zwischen einem Kern, der eine wahrhaft politische Union anstrebt, und weiteren Mitgliedern, die mit der EU von heute zufrieden sind, bietet Chancen für die europäische Nachbarschaft. Eine Reihe von Ländern, die den Kandidatenstatus haben oder anstreben, würde es wohl vorziehen, sich im erweiterten Kreis der Mitglieder wiederzufinden. Zudem wäre eine Erweiterung der EU für viele Länder Kerneuropas eher akzeptabel, wenn sie sich gegenüber den Neumitgliedern nicht zum gleichen Integrationsniveau wie mit den Euro-Staaten verpflichten müssten. Allerdings muss auch für diese Neumitglieder die Chance bestehen, zu einem späteren Zeitpunkt zum Kern stoßen zu können.

Die Diskussion über grundlegende Reformen in der EU und in der Euro-Zone verträgt keinen Aufschub mehr. Selbst wenn die Griechenlandkrise – in welcher Form auch immer – halbwegs bewältigt werden sollte, fordern sowohl das anstehende Referendum im Vereinigten Königreich als auch die Gefahren der weiteren Destabilisierung in der Nachbarschaft politische Antworten. Diese müssen vorrangig von den europäischen Institutionen und den nationalen Regierungen gegeben werden. **Für die deutsche Industrie hat die europäische Einigung so eminent wirtschaftliche Bedeutung, dass ihr nicht egal ist, wie diese Antworten ausfallen.** Der BDI wird sich deshalb in den nächsten Monaten verstärkt an der europäischen Reformdebatte in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten beteiligen.



Ulrich Grillo
Präsident
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.